

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis im Oktober: 3. Woche M. 130 000 000. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr . . . zuzügl. Postbestellgeld. Einzelnummern 20 000 000 M. u. Girokonto 50 bei d. Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Hüberle u. Co. Wildbad. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Beizeile oder deren Raum i. Bez. Grundr. M. 30 außerh. 35 einchl. Ins.-Steuer. Reklamezeile 70 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offset- u. b. Ausfertigung werden jew. 5 000 000 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Kontursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlagengewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 243

Gericht 179

Wildbad, Donnerstag, den 18. Oktober 1923

Gericht 179

58. Jahrgang

Die Rentenmark

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter erhalten wir nachstehende Zuschrift, die der bevorstehenden Rentenmark geringe Aussichten eröffnen zu müssen glaubt. Daß man im allgemeinen und daß besonders der gewaltige Finanzminister Silberding sich die Währungs-Heilung durch die „Zwischenlösung“ der sog. Währungsbank viel einfacher vorgestellt hat, als sie in Wirklichkeit ist, darüber ist man in Fachkreisen von Anfang an einig gewesen. Mit „Brutalität“ ist in einer Frage von solch ungeheurer Schwierigkeit, die bis in die feinsten und kleinsten Einzelheiten des wirtschaftlichen Lebens eingreift, nichts zu machen. Zur Lösung solcher Fragen sind denn auch nur Männer von eigenem und gediegensten Fachkenntnissen berufen; es genügt nicht, daß sie sich hierin von andern beraten oder nicht beraten lassen. Aus diesem Grund scheint auch der gegenwärtige Reichsfinanzminister Dr. Luther, der als früherer Oberbürgermeister von Essen ein tüchtiger Verwaltungsmann, aber kein Finanzmann größeren Formats ist, bedenklich geworden zu sein. Er hat sich demnach entschlossen, das wichtige Werk, von dessen Gelingen oder Mißlingen vielleicht die Zukunft Deutschlands abhängt, zu vertreten. Möge es ihm gelingen. Daß er auf die Währungs- und Sachverständigen die nebelhafte Rentenmark-Währungsbank hat fallen lassen und zu dem Vorschlag einer Geldnotenbank übergegangen ist, ist immerhin ein trotzverheißender Fortschritt.

Die Geldreform des neuen Reichsfinanzministers Dr. Luther sollte, so hoffte wohl mancher, eine durchgreifende Diktaturmaßnahme werden. Sie ist in Wahrheit nur ein Vergleich zwischen dem Ruf, das Notwendige zu tun, und der Angst, durch Uebereifer allzuviel zu schaden. Dieses Ringen zwischen Ruf und Angst hat zu dem Gerücht geführt, der neue Finanzminister wolle den schweren Gang gar nicht antreten, sondern sich wieder in das Ernährungsministerium zurückziehen. Das ist aber nicht geschehen. Die sehr beachtliche Einführung der Rentenmark ist wieder eine „Zwischenlösung“; die Rentenmark ist der Goldmark nicht gegenüber. Die Deckung besteht in Rentenbriefen, die auf einer Grundschuld aller Immobilien ruhen, sowie auf Schuldverschreibungen von Laisten derjenigen Unternehmungen, bei denen eine immobile Belastung nicht möglich ist. Das neue Geld ist also eine Hypothekenschuld und nicht einmal eine erstarrte. Sie steht neben der Entschuldigungsbelastung allen deutschen Besitzes an zweiter Stelle. Selbst wenn man es für möglich hält, die Schuldverschreibungen bei Handels- und anderen mit mobilem Kapital arbeitenden „Unternehmungen“ jederzeit flüssig, das heißt, zu Geld zu machen, wie wird es bei den eigentlichen Hypotheken, also bei den Grundstücken sein? Hier wird der Anspruch auf eine Rente; den Anspruch auf Gold niemals erfüllen können. Schon deshalb wird die Rentenmark im Verhältnis zu den Devisen und Goldzahlungsmitteln, die sich ja doch nicht aus dem Verkehr ausschalten lassen, sofort in den Wert sinken.

Ferner: das Reich hat sich bei der Währungsbank Kredite bis zum Betrag von 1,2 Milliarden Rentenmark vorbehalten. Dies ist eine vielfach größere Summe, als die Rentenmark in den Umlauf kommen werden. Die Währungsbank als Zwischenmittel soll ihr Ende haben, wenn das Reich seine Schuld zurückzahlt. Wann wird das Reich zurückzahlen und wie wird es voraussichtlich ein bedenklich langes Leben haben und es wird vielleicht ein — Sterben ohne auffälliges Ende sein. Soll man immer wieder an das traurige Beispiel der französischen Revolution erinnern? Im Frühjahr 1796 war Frankreich mit dem Papiergeld aus und fertig. Es kamen die „Mandats territoriaux“, Schuldverschreibungen, gedeckt durch Verpfändung von Forsten und Gütern, also Pfandbriefe und Rentenschulden. Und der Erfolg? Bereits Ende 1796 war das neue Geld der Mandats auf 2% Prozent seines Nennwertes gesunken. Die Neustranken verschwanden ebenso schnell im Abgrund der Entwertung wie die alten Assignaten. Man hatte allerdings einen Zwangskurs bestimmt, zu dem das alte Geld gegen das neue umgetauscht werden dürfte. Das soll bei der jetzigen Geldreform vermieden werden. Die neue Rentenmark soll sich erst einmal „erproben“. Das wird die Spekulation gründlich besorgen. Nach zwei Wochen hätte sie vielleicht vierzig Millionen Papiermark für eine Rentenmark gegeben. Heute ist die alte Mark bis an die Grenze leichter Wertlosigkeit heruntergewirtschaftet, so daß man überhaupt keinen Markt mehr hat. Die Rentenmark wird dazu benutzt werden, allerley Papiergeldgeschäfte vor Torschlusß zu machen, und ihr Ruf, ihr Kredit wird darunter leiden. Bis die Regierung daran gehen kann, einen Umtauschkurs amtlich festzusetzen, wird die Rentenmark selber so brüchig sein, daß sie keinen Kurs hat.

Deshalb ist ja auch die Einstellung der Rentenmark, wenn sie ohne sichere Umtauschkurse zustande kommt, nur eine schöne Bewegung. Als man am 21. Februar 1796 auf

Tagesspiegel

Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat Poincaré mitgeteilt, daß Deutschland zurzeit keine Reparationsleistungen ausführen kann.

Das Reparationsproblem soll auf Grund belgischer Vorschläge erneut zur Verhandlung gestellt werden, aber Poincaré zögert die Sache hinaus. England und Italien sollen zugestimmt haben, daß die Reparationskommission die belgischen Vorschläge prüfe.

Das Arbeitszeitgesetz, das ursprünglich in dieser Woche vom Reichstag verabschiedet werden sollte, bildet den Gegenstand von Besprechungen in Berlin mit Parteiführern und Gewerkschaftsvertretern. Nächste Woche soll der Reichstag zusammentreten.

Im sächsischen Landtag kam es wegen persönlicher Angriffe Dr. Zeigners gegen einen demokratischen Abgeordneten zu förmlichen Austritten. Das Wehrkommando hat die sächsische Polizei der Befehlsgewalt der Reichswehr unterstellt.

Die Thüringische Regierung ist aus Sozialdemokraten und Kommunisten gebildet worden. Der Landtag hat die Ministertafel mit 28 gegen 24 Stimmen angenommen.

dem Vendomeplatz in Paris die Druckpressen und Platten des alten Papiergelds feierlich verbrannte, jubelte das Volk. Es war eine Täuschung. Es wurde noch lange nicht besser. Die Rettung konnte nur über den Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts auf Grund einer unerbittlich durchgeführten Goldwährung kommen. Die Zwischenlösung der Rentenmark wird nur die bisherige Qual der Unsicherheit und der täglichen Entwertung verlängern.

Wandlungen in der Außenpolitik

Von dem Verlauf der britischen Reichskonferenz und der französischen Kammerwahlen wird unsere auswärtige Lage in nächster Zeit hauptsächlich bestimmt werden. Die britische Reichskonferenz wird auch in Frankreich mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt, denn auf ihr muß die Entscheidung fallen, ob es bei der „wohlwollenden Zurückhaltung“ verbleibt, wozu Baldwin sich Poincaré gegenüber neu verpflichtet hatte, oder ob das britische Reich in der Außenpolitik als handelnde Persönlichkeit mit einem eigenen Willen und eigenen Zielen auftritt. Der bestgeeignete Mann in Frankreich ist zurzeit wohl der Vertreter Südafrikas, General Smuts, der dafür ist, daß das britische Reich die „wohlwollende Zurückhaltung“ abschüttele und handelnd auftrete, mit dem Ziel, der Welt endlich den Frieden zu geben, nach dem sich alle Völker, mit Ausnahme des französischen, sehnen.

Wenn die Reichskonferenz neben der Außenpolitik auch Fragen der inneren Ordnung behandelt, so stehen beide Gegenstände doch in engstem Zusammenhang miteinander. Auch die Frage der Vorzugszölle läuft schließlich auf die Entscheidung hinaus, ob die Tochterstaaten und die Kolonien England in den Stand sehen wollen, in bezug auf Europa die bisherige Politik fortzusetzen, oder ob sie verlangen, daß England seine europäische Großmachtsstellung zurückgewinne. Die Politik der Diehards, deren Puppe Baldwin zu sein scheint, glaubt, wenn England das europäische Festland den Franzosen überlasse, so könnte England sich mit Nutzen auf sein Weltreich zurückziehen. Das geht aber nur, wenn die Außengebiete dieses Reichs bereit sind, mit dem Mutterland einen „inneren Markt“ zu bilden, der sich selbst genügen könnte. Durch unterschiedliche Zollbehandlung soll dieser Markt gegen fremde Märkte gesperrt werden. Die Tochterländer hätten vor allem die Versorgung des Mutterlands mit Lebensmitteln zu übernehmen, als Gegenleistung hätte das Mutterland die Lebensmittelfuhr aus nicht britischen Ländern mit Hochzöllen zu belegen. Die Dominien und Kolonien ihrerseits sollen den englischen Waren Vorzugszölle gewähren. Drinnen wie draußen erregen diese Gedankengänge indes so starkes Unbehagen, daß die Regierung die ganze Frage nur mit äußerster Vorsicht anzuschneiden wagt. Obwohl England den Freihandel praktisch längst preisgegeben hat, könnte der grundsätzliche Uebergang zum Schutz Zoll noch einmal einen Wahlkampf entfesseln wie den vom Jahr 1906, der die konservative Mehrheit glatt wegsetzte.

Vegreifficherweise fühlt sich Frankreich vom Meinungsstreit darum, welche Auffassung für die britische Politik maßgeblich sein soll, sehr nahe berührt. Man empfand es als

höchst peinlich, daß Curzon vor der britischen Reichskonferenz Frankreich ganz offen an seine Zusage mahnte, nach Einstellung des passiven Widerstands mit neuen Vorschlägen hervorzutreten. Poincaré hatte dem nur ein störrisches: „Nun erst recht“ entgegenzusetzen. Er tat so, als habe die Einstellung des passiven Widerstands für Frankreich überhaupt keine Bedeutung und ordnete für das Ruhrgebiet verschärfte Gewaltpolizei an. Der Poincarismus war auf dem besten Wege, sich außenpolitisch festzusetzen und den französischen Wahlkampf als Kampf gegen Windmühlen zu führen, als Kampf gegen einen Widerstand an Rhein und Ruhr, der gar nicht mehr vorhanden war.

Diese Gefahr scheint der Präsident der franz. Republik Millerand, erkannt zu haben, und da er nicht daran denkt, der Eroberungspolitik des Poincarismus Widerstand leisten zu wollen, so lenkte er von der Außenpolitik ab auf die innere Politik, für die die bevorstehenden Kammerwahlen die neue Grundlage schaffen sollen. In einer Sonntagsrede malte er den Franzosen vor, daß e allerlei soziale Reformen — nach deutschem Vorbild — eingeführt wissen möchte, die allerdings sehr viel Geld kosten würden. Aber damit hofft Millerand die Arbeiterstimmen zu gewinnen. Um wiederum dem steuerscheuen französischen Spielbürger die kostspieligen Reformen mündgerecht zu machen, befürwortet Millerand eine weitere Herabsetzung der Militärdienstpflicht — als Köder für die französischen Wähler. Das Einspringen Millerands erinnert an die Politik der Diehards, die auch plötzlich gewissermaßen innerpolitische britische Fragen (Schutz Zoll) aufs Tapet bringen, wobei ununterbrochen bleiben kann, ob beiderseits ein Einvernehmen besteht.

Immerhin steht es aus, wie wenn Präsident Millerand versuchen wollte, dem eigenwilligen Ministerpräsidenten Poincaré die Führung des Wahlkampfes aus der Hand zu nehmen, zumal das Hauptstück des Wahlprogramms Millerands offenbar eine Stärkung der Reichswahlkommissionen des Staatspräsidenten gegenüber dem Ministerpräsidenten sein soll! Das alles geht mit der bisherigen Politik Poincarés nicht recht zusammen, hat aber den Vorzug, das Lösungswort für den Wahlkampf im Innern zu suchen, während sie Poincaré an der Ruhr gesucht hatte. Sieht man sich hier einen Gegensatz zwischen Millerand und Poincaré auf, den natürlich nicht von heute stammt, so versteht man, weshalb Poincaré über die Einstellung des passiven Widerstands so merklich verstimmt war.

Rückzahlungswert der Staatsanleihen

In der Bremischen Bürgerschaft (etwa Stadtverordnetenversammlung) kam der Antrag des Finanzausschusses zur Breitung, die Anleihen der Stadt Bremen zu kündigen und in Anbetracht der Geldentwertung mit dem zehnfachen Betrag des Nennwertes zurückzuzahlen. Abg. Dr. Buff (Deutschnat.) erklärte den Ausglick des Vorschlags für rechtswidrig und gegen die guten Sitten verstoßend. Es sei unzulässig, die Staatsgäubiger in dieser Weise zu schädigen. Wo der Staat Gelder zu erheben habe, da gebe er mit der vollen Geldentwertung, wo er aber selbst Schuldner sei, wolle er von Geldentwertung nichts wissen. Dadurch werde das Vertrauen in den Staat erschüttert. Die Bürgerschaft nahm trotzdem den Auswahlantrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei an. — Die wichtige Frage der Rückzahlung der Staatsanleihen unter dem Gesichtspunkt der Geldentwertung ist damit zum ersten Mal in einer gesetzgebenden Körperschaft entschieden worden.

Die Stadt Berlin hat die persönlichen Bürgschaften (Rationen) eines Teils der städtischen Angestellten kürzlich zum alten Nennwert zurückbezahlt.

Neue Nachrichten

Bedenkliche Meldungen

Berlin, 17. Okt. Die demokratische „Börsezeitung“ berichtet aus Sachsen, die proletarischen Hundertschaften, die sich P. S. E. nennen, sollen der amtlichen Polizei in Sachsen an- oder eingegliedert werden. Die P. S. E., die fast rein kommunistisch ist, sei durchweg mit Pistolen bewaffnet; wie weit auch Gewehre und schwere Waffen ausgegeben oder eingelagert seien, sei nicht zu übersehen. Es werde auch von einem „berittenen Selbstschutz“ gesprochen, der zum Schutz der Führer usw. bestimmt sei. Die P. S. E. halte fleißig militärische Übungen ab.

Im sächsischen Erzgebirge wird der ganze Automobilverkehr von roten Hundertschaften überwacht, die zum Teil mit Ausweisen versehen sind, die der Bürgermeister Dr. Zimmermann in Klingenthal unterzeichnet hat. Zimmermann erklärt, daß die Ausweise im Auftrag der sächsischen Regierung ausgestellt worden seien.



In Plauen (Sachsen) tagte ein Kongress bayerischer Betriebsräte, der in Bayern verboten war.

In Olau und anderen sächsischen Orten haben die Linksradien den Gewerbetreibenden Zwangsabgaben im Betrag des 15 000fachen der Landesgewerbesteuer und des 20 000fachen der Grundsteuer, angeblich für die Arbeitslosen gefordert und vielfach erreicht.

Die neue Regierung in Thüringen. Ministerium des Auswärtigen

Weimar, 17. Okt. Der thüringische Landtag, dessen Eröffnung Vertreter von Sowjetrußland anwohnten, nahm mit 28 sozialistisch-kommunistischen gegen 24 bürgerliche Stimmen folgende Ministerliste an: Inneres: Herrmann (Soz.); Finanzen: Hartmann (Soz.); Justiz: Oberlandesgerichtsrat Dr. Korich (Komm.); Volksbildung: Grell (Soz.); Wirtschaft: Tenner (Komm.). Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde beschlossen, ein neues Ministerium, das des Neuherrn (!) zu errichten und es dem Ministerpräsidenten Frölich (Soz.) zu übertragen. Die Bürgerlichen erhoben Widerspruch.

Dresden, 17. Okt. Im Landtag hielt Ministerpräsident Zeigner eine ungemein scharfe Rede gegen die bürgerlichen Parteien. Er behauptete u. a., die Haupttätigkeit der Beamten bestehe in dem Einstreichen ihres Gehalts. (Zeigner war früher Staatsanwalt. D. Schr.) In schärfster Weise sprach Zeigner gegen den Ausnahmezustand und die Unterstellung der sächsischen Polizei unter den Militärbefehlshaber durch die Reichsregierung. Im Verlauf seiner Rede erhielt Zeigner vom Vizepräsidenten einen Ordnungsruf.

Zeigner nach Berlin berufen

Berlin, 17. Okt. Der neue Streitfall zwischen der Reichs- und der sächsischen Regierung (wegen des Verbots der Roten Hundertschaften) ist der Ministerpräsident Zeigner wieder nach Berlin eingeladen — oder vorgeladen worden.

In Dresden hat die Reichswehr bedeutende Waffensbestände der Roten Hundertschaften beschlagnahmt.

Auflösung der kommunistischen Jugendbünde in Bayern

München, 17. Okt. Generalkommissar v. Kahr hat sämtliche kommunistischen Jugendvereinigungen aufgelöst und die Werbetätigkeit in Wort und Schrift unter Schülern verboten.

Die Rentenkasse

Berlin, 17. Okt. Der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenkasse schlug den früheren preussischen Finanzminister Dr. Lenke als Präsident der neuen Rentenkasse vor und setzte die Bestimmungen der Geschäftsführung fest.

Beschwerde des Handwerks

Berlin, 17. Okt. Die Handwerkskammer Berlin hat für das deutsche Handwerk Beschwerde erhoben, daß das Handwerk bei der Bildung des Aufsichtsrats der neu zu schaffenden Rentenkasse völlig übergangen worden sei.

Vorfühler für Verhandlungen

London, 17. Okt. Die belgische Regierung hat den Verbündeten bekanntgegeben, daß der belgische Vertreter in der Entschädigungskommission Delacroix beauftragt sei, die bekannten belgischen Entschädigungspläne zur Sprache zu bringen. — Der belgische Minister Delpar erklärte dem Vertreter der „Times“, die belgische Regierung habe nie die Absicht gehabt, das Ruhrgebiet dauernd zu besetzen, sondern finanzielle Sicherheiten durchzuführen. Stresemann habe in Brüssel erklären lassen, daß er im wesentlichen mit dem belgischen Vorschlag einverstanden sei. Die „Times“ hält den Vorschlag für annehmbar, wenn er durch eine Ueberwachung des deutschen Finanzwesens durch die Verbündeten in Berlin ergänzt werde. Solange in Deutschland keine Währung auf zweifelhaftem Papier aufbaue, könne England dem belgischen Finanzmonopol kein Vertrauen entgegenbringen. Die Währungsreform in Deutschland müsse jeder Entschädigungsleistung vorangehen.

Der deutsche Geschäftsträger v. Hösch hat heute Poincaré wieder besucht. Nach den Pariser Blättern legte er die Absichten der Reichsregierung über die Währungsreform und die Entschädigungsleistungen dar. Es sei der Reichsregierung unmöglich, die verfallenen Sachlieferungen zu bezahlen. Das

„Journal“ erklärt, Poincaré werde sich nicht in den Sinn erhalten einer verfrühten Verhandlung locken lassen.

Zechenbeschlagnahme

Reddinghausen, 17. Okt. Die Franzosen haben die Gruben König Ludwig I-IV beschlagnahmt, um sie auszubeuten. Die Belegschaft versprach, in gewohnter Weise zu arbeiten. Die französische Verwaltung bezahlt die Löhne. Der Grubenvorstand hat bei der Reichsregierung gegen die Beschlagnahme Verwahrung eingelegt.

Der Eisenbahn- und Postverkehr nach dem besetzten Gebiet

Mainz, 17. Okt. Havas meldet, daß zwischen der deutschen und der französischen Eisenbahnverwaltung Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs über den Rhein und die Besetzungsgrenzen geführt werden. Der Postdienst wird demnächst wieder aufgenommen.

Abzug der Engländer

Köln, 17. Okt. Für den 31. Dezember 1923 hat die englische Besatzungsbehörde gemietete Räume gekündigt, da die Besetzungszeit des Bräudenhofes abläuft, sofern die Verbündeten bis dahin die „Erfüllung“ des Friedensvertrags durch Deutschland anerkennen.

Neue Vergarbeitslöhne

Berlin, 17. Okt. Die Kohlenarbeiterverbände verlangen eine Lohnerhöhung von 120 Prozent. Die Kohlenpreise werden sich dementsprechend erhöhen.

Widerstand der roten Hundertschaften

Dresden, 17. Okt. Nach einer Mitteilung des Wehrkreis-Kommandos 4 hat der erste Kongress der sächsischen proletarischen Abwehrorganisationen trotz des Verbots des militärischen Befehlshabers stattgefunden. Es sei möglich, daß das Verbot der Hundertschaften und Aktionsausschüsse auf scharfen Widerstand stöße, der unter Umständen nur durch Einsatz von Truppen gebrochen werden könne. Zunächst beabsichtige der Militärbefehlshaber doch, in erster Linie die Landespolizei zu verwenden.

Die wirtschaftliche Lage in England

London, 17. Okt. Die Warenpreise im Einzelhandel in England stiegen durchschnittlich 75 Prozent über den Preis vor dem Krieg. Das bedeutet gegenüber dem Monat September eine Steigerung um 2 Prozent. — Die Zahl der Beschäftigungslosen in England betrug am 8. Oktober 1 251 600, 5418 mehr als in der Vorwoche.

Der gregorianische Kalender in Rußland

Moskau, 17. Okt. Die unter dem Patriarchen Tichon stehende russische Kirche ist mit Zustimmung des Konstantinopeler Patriarchats vom 14. Oktober ab zum neugregorianischen Kalenderstil übergegangen.

Amerikanische Sparmaßnahmen

Washington, 17. Okt. Das amerikanische Schiffsfahrtsamt wird 5 nordamerikanische Dampferlinien, die den Verkehr zwischen den Vereinigten Staaten und England besorgen, zusammenlegen und das gegenwärtige System von geschäftsführenden Agenten abschaffen. Die Agenten sollen durch einen oder mehrere Verladungsagenten ersetzt werden. Das Schiffsfahrtsamt wird selbst die Aufsicht über die Schiffe übernehmen. Die Zahl der gegenwärtig im Verkehr befindlichen Schiffe soll erheblich vermindert werden. — Mit der Schifffahrt haben die Amerikaner noch nie Glück gehabt. Die genannten Linien haben Riesensummen verschlungen und doch ist der Seehandel geblieben wo er war: in englischen und deutschen Händen.

Bayern und Sachsen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entwicklung, die in Bayern eingeleitet ist in Sachsen die von Anfang an zu wartende Gegenwirkung auslöst hat, gegenwärtig in mehr als einer Beziehung in ein entscheidendes Stadium getreten ist. Der erste Schritt in dieser Richtung wurde bekanntlich in München getan, als man dort Herrn von Kahr zum Generalkommissar berief, und den zwei-

ten Schritt bedeutete die Uebertragung der gesamten Exekutivgewalt auf den Reichswehrminister Dr. Gessler. Es unterlag keinem Zweifel, daß diese zweite Maßnahme bestimmt war, die vorangegangene aufzufangen und zu kompensieren. Dieser haben sich diese Dinge dann folgerichtig ausgewirkt, indem man erstens in Bayern erdachte, daß Herr von Kahr als „starker Mann“ die gehegten Erwartungen nicht ganz zu erfüllen und vor allem der herrschenden Meinung kein Ende zu bereiten vermochte, und indem zweitens sich das Reich naturgemäß als übergeordnete Instanz mit seiner eigenen Verordnung durchzusetzen suchte, was vor allem in Sachsen, weiterhin aber auch in Thüringen Widerstände auslöste. Diese Widerstände sind zum Beispiel in sehr instruktiver Form in dem Regierungsprogramm in Erscheinung, das dort Kommunisten und Sozialdemokraten als Basis für ihre soeben gebildete gemeinsame Regierung aufgestellt haben. Neuerdings liegen nun aber besonders zwei Tatsachen vor, die geeignet sind, die Diskussion über das Verhältnis der Länder zum Reich in Gang zu bringen.

Auf der einen Seite hat sich der General von Doffo, als er das vom Reichswehrminister Dr. Gessler erlassene Verbot des „Völligen Beobachters“ an Herrn von Kahr wei ergab, hinsichtlich der Durchführung dieses Verbotes nicht durchzusetzen vermocht, und damit ist ein „Narxer und unzweideutiger Befehl“ des direkten Vorgesetzten des bayerischen Generals, Dr. Gessler, unausgeführt geblieben. Was selbstverständlich so nicht bleiben kann. Auf der anderen Seite ist das sächsische Wehrkreis-Kommando IV mit einem Verbot der proletarischen Hundertschaften vorgegangen. Beide Tatsachen ergeben aber zusammen einen Sachverhalt, der im Interesse des Reiches nach Klärung drängt. Wie immer man auch, sei es zu Sachsen, sei es zu Bayern steht, eines dürfte doch unbestreitbar sein: was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein, und das Reich muß schon allein im Interesse seiner Autorität vollkommen paritätisch operieren.

Es kann niemanden daran liegen, an den heutigen Verhältnissen in Bayern einseitig Kritik zu üben. Der Reichsgebirge läßt ein eigenes Leben der Länder nicht nur nicht aus, sondern er will dieses Leben sogar fördern. Andererseits verhalten sich die Länder zum Reich aber auch wie die Glieder zum ganzen Körper; sie können nicht gut ein Sonderleben führen. Wenn in Sachsen die proletarischen Hundertschaften aufgehoben werden sollen, so erhebt sich unwillkürlich die Frage nach den nationalpolitischen Verbänden in Bayern. Alles was politisch heute bei uns geschieht, all unser Sinnen und Trachten steht unter dem ehernen Gebot, uns das Reich zu erhalten. Es geht nicht länger mehr an, daß die Länder erstens gegeneinander und dann auch noch gegen das Reich arbeiten, und das geschieht, solange dem Reich nicht in allen seinen Teilen ein Recht wird.

Dazu liegen noch folgende bezeichnende Meldungen vor:

München, 17. Okt. Der Generalkommissar von Kahr verbietet durch einen Erlaß jede kommunistische Propaganda unter der Jugend. Kommunistische Jugendorganisationen werden aufgelöst und den Schülern aller öffentlichen und privaten Lehranstalten die Teilnahme an kommunistischen Vereinigungen und Veranstaltungen verboten. Ebenso verboten ist jede kommunistische Werbetätigkeit in den Schulen und gegenüber Schülern. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und Geldstrafen in unbeschränkter Höhe bestraft. Dieselbe Strafe trifft auch Eltern und andere Erziehungs-berechtigten, die wissenschaftlich dulden, daß ihre Kinder oder Pflegekinder solchen verbotenen Vereinen angehören.

Dresden, 17. Okt. Die Lage in Sachsen verschärfte sich. Die Leitung der proletarischen Hundertschaften hat trotz des Verbots seitens des Wehrkreis-Kommandos einen Konvent abgehalten, und das letztere

Aus Münchens guter alter Zeit

(Lex mihi ars — Die Kunst mein Gesetz)

Musikroman von Dr. Hans Fischer-Hohenhausen.
(Nachdruck verboten.)

„Ach, mein Dummerle, ich kann doch mit der großen Sängerin nicht wetteifern!“ rief Frau Nitschal.

„Nicht die Stimme, die Empfindung macht den Vortrag!“ erwiderte Richard.

„Ich habe eine ganz gute Stimme, das weiß ich —“ setzte Richard, unbewußt wärmer werdend, „an die ich im Traum und im Wachen dachte, als ich das Lied vertonte. So, so dachte ich mir das arme verrätene Spielmannslied, gelehrt an den ungeliebten Mann, hinaussehend sich aus Glanz und Reichtum nach seiner Heide, arm im Herzen, dabei den brutalen Gatten — nur eine Stimme wie die Ihrige kann die Empfindung so wiedergeben, wie ich sie gedachte!“

Er seufzte tief. Die Lage wurde ihr doch peinlich — sie wollte aufstehen, da hörte man von draußen Beifall, ein Zeichen, daß der erste Satz des Quintetts zu Ende sei.

„Armer Lachner!“ lenkte sie ab. „Glaubst Du, daß der nach Deinem Erfolg die Leute noch interessiert?“

Dabei stand sie auf und warf einen Blick in den Saal — eine große Anzahl Leute schickte sich zum Gehen und verließen das Haus.

„Was nützt mich der größte Erfolg, wenn mein Vater darauf besteht, daß ich studieren soll!“

„Wart' nur, wenn morgen die Kritiken kommen.“

„Ach, meinem Vater hat ja nicht einmal Bülow sein Gutachten imponiert!“

„Laß' uns nur machen — der Balthar wird ihm jetzt auch zureden, ich hab' gemerkt, wie ihm Deine Lieder gefallen haben.“

„Möchten sie allen so gefallen, wie Ihnen!“ seufzte Richard von neuem.

Wieder drang verworrenes Geräusch von draußen herein — das kurze Scherzo war zu Ende. Einige Klatschen; viele erhoben sich wieder zum Gehen; der Saal war zur Hälfte geleert.

„Der Lachner wird wütend sein“, bemerkte sie mit leichter Bosheit.

„Mein Vater vielleicht auch“, antwortete Richard auf einmal kleinlaut.

„Du hast mal eine Heidenangst vor deinem Vater“, schaltete sie ein. „Muck' doch einmal ordentlich dagegen auf! Jetzt kannst Du's! Warum nur will er Dich mit aller Gewalt zum Studieren zwingen? Was hat er dabei? Er ist doch selbst Musiker!“

„Ich glaub', es ist vor allem wegen meiner Vettern, der Hubershuber, die nicht studieren. Da hat mein Vater den Ehrgeiz, daß ich was Besseres sei, daß ich studieren solle.“

„Deine Vettern brauchen auch nichts lernen! Dein Onkel ist doch der reiche Weinhändler; für dem seine Buben ist gesorgt — denen brauchst Du doch nicht zum Poffen zu studieren! Na, ich glaub', die Kollegen“ von Deinem Vater nehmen ihn heut' abend schon dazwischen. So viel ich von meinem Manne weiß, haben sie heute mit einander ein kleines Souper bei Schleich bestellt! Pah! auf, die machen ihn auf Deinen Erfolg hin schon zahm!“

„Glauben Sie?“

„Das wäre ja eine Sünde gegen den Heiligen Geist, wenn Du Jurist werden solltest; das könnte Dein Vater nie verantworten.“

Sie hielt inne und sah ihm voll in die Augen; ihre Blicke begegneten sich — Richard fühlte sich unter den ihrigen erschauern — dann summte er plötzlich wie traumverloren eine Weise vor sich hin!

„Wie kommt Dir denn plötzlich die Erlöserartie aus Händels Messias in den Sinn?“ frug sie.

„Sie haben sie kürzlich so herrlich gesungen!“ schmach-tete Richard.

„Ich habe sie früher einmal gekannt“, antwortete sie.

„Seit ich verheiratet bin, mag ich nicht mehr singen.“

„Das Hauptmotiv dieser Arie ist so wunderbar und Händel legt es sonderbarer Weise nur ins Orchester, gibt es nicht ein einziges Mal der Singstimme, merkt gar nicht, welcher herrlichen Einsfall er damit gehabt!“

„Was meinst Du?“

„Fünfter und sechster Takt des Vorspiels — mich durchrieselt es jedesmal bei der Stelle — ich könnte eine ganze Oper darüber schreiben und niemand sollte Händel wiedererkennen, so wie es aus meiner Hand umgeformt und durchgeführt herauskäme — immer wieder daselbe und doch immer wieder neu, und ich muß dabei denken an Frauenschönheit, geschmückt mit Perlen und Diamanten, an Frauengunst und Liebesrajerie, an heiße Leidenschaft ohne Ende, an dunkle Augen, glänzend wie die Ihren — — —“

Beifall und Stuhlklappen ertönte von draußen; das Konzert war zu Ende. Die Künstler kamen ins Stimmzimmer zurück und unterdrücken eine Situation, deren Fortsetzung Frau Nitschal teils ängstlich, teils geschmeichelt, sowohl fürchtete, als auch zu erleben stolz war. Sie war seine Muse! Sie lebte in seinen Träumen.

Nach war es draußen ruhig geworden; der alte Generalmusikdirektor Lachner hatte lediglich seinen Achtungsmißerfolg, wie die Kollegen boshaft bemerkten, und das Publikum ging über dem Quintett ruhig zur Tagesordnung über.

Etwas ängstlich waren Richard und Frau Nitschal aufgestanden, als die Künstler zurückkamen; da begann Balthar:

„Also, Richard, der Giehl sagt mir, daß Sie auch Kammermusik komponieren und ein ganz hübsches Streichquartett gemacht haben sollen. Wollen Sie uns das mal überlassen? Wenn's mir grad so gefällt, wie Ihre Lieder, dann spielens wir in der nächsten Quartettsoirée — das hab' ich“, setzte er mit vielfachem Lächeln und Augenblinzeln hinzu, „mit Ihrem Papa so verabredet.“ (F. f.)

ständig nunmehr an, daß es etwaigen Widerstand gegen die Auflösung der Hundertschaften nötigenfalls durch Einsatz von Truppen brechen werde. Zunächst beabsichtigt der Militärbehördenleiter, in erster Linie die Landespolizei, die er durch besondere Verfügung ebenso wie die gesamte Gendarmerie seinem eigenen Kommando unterstellt hat, verwenden werde. Gegenüber diesem zweifellos einseitig nach links gerichteten Vorgehen des Wehrkreiskommandos IV will die sächsische Regierung bei der Reichsregierung vorstellig werden. Diese läßt inzwischen eine Meldung verbreiten, wonach die über die Verhältnisse in Sachsen in die Öffentlichkeit bringenden „Gerüchte“ eine „weitgehende Beunruhigung“ hervorriefen und worin versichert wird, daß die Reichsregierung unter allen Umständen dafür sorgen werde, daß die Durchführung der verfassungs- und gesetzmäßigen Zustände gewahrt bleibt wie d.

Württemberg

Stuttgart, 17. Okt. Brotpreiserhöhung. Ab 18. Oktober kostet in Stuttgart ein Kilo 75prozentiges Schwarzbrot 300 (280), Weißbrot 350 (320), ein Bräichchen 18 (15) Millionen. 85prozentiges Schwarzbrot bleibt bei 240 Millionen das Kilo.

Lohnverhandlungen. Der Deutsche Metallarbeiterverband, Bezirk Stuttgart (9. Bezirk), teilt mit: Für die Zeit vom 15.—21. Oktober beträgt der Multiplikator zur Errechnung der Löhne in der Metallindustrie für Württemberg und Hohenzollern 16 835 000. Das Komma bei den Grundzahlen und den übrigen Zahlen des 19. Anhangs kommt von nun an in Wegfall.

Wie man Geld verdient. Seit Anfang September verlangte eine Zimmervermieterin in Stuttgart von ihrem Mieter einen täglichen Pensionspreis von 4 Goldmark, also am letzten Samstag 48 Milliarden, obwohl man im Hotel für 700 bis 900 Millionen Papiermark gut unterkommen konnte. Das Polizeipräsidium, Abteilung Wucheramt, hat gegen die Beschuldigte ein Verfahren wegen Leistungswucher eingeleitet.

Jellbach, 17. Okt. Kirchenweihung. Letzten Sonntag wurde durch Weihbischof Dr. Sproll-Rottenburg unter zahlreicher Beteiligung der Gläubigen von nah und fern die neue katholische Kirche feierlich eingeweiht.

Blochingen, 17. Okt. Mord. Der krankhaft veranlagte 39jährige Sohn der achtbaren Bauersleute U h in Kirchheim u. L. stellte sich am Dienstagabend der Blochinger Polizei mit dem Selbstmord, er habe ein Dienstmädchen in sein elterliches Haus gefodert, ermordet und mißbraucht.

Crailsheim, 17. Okt. Tödlcher Unfall. Der 20jährige Landwirtssohn Hermann Kaiser von Käsbach wurde auf dem Anstand erschossen aufgefunden. Zweifellosg liegt eigene Unvorsichtigkeit des Getöteten vor, der Tags zuvor erst eine Jagdkarte gelöst hatte.

Tübingen, 17. Okt. Studentenhilfe. Die Nachfrage nach Studentenzimmern für das kommende Wintersemester ist auch diesmal sehr groß. Trotz der teuren Fahrpreise hat unsere Landesuniversität wieder viel Zugang aus Norddeutschland zu erwarten, weil eben das Leben in Tübingen immer noch billiger ist, als in den großen Universitätsstädten. Auch leistet die Tübinger Studentenhilfe wirklich Großes. Die Markteinführung in Stuttgart hat nun den Gasthof zum „Löwen“ gekauft und dem Verein „Studentenhilfe“ zur Verfügung gestellt, so daß demnächst hier drei Studentenheime sind: Prinz Karl, Sonne und Löwen. Von der Stadtverwaltung wurden auf Ansuchen die Räume des städt. Krankenhauses bis zur Ubergabe für ihre endgültige Bestimmung als Altersheim auf Frühjahr 1924 wieder als „Studentenbuden“ vermietet. Ebenso wird im genannten Gebäude eine Wärmestube eingerichtet.

Bebenhausen, 17. Okt. Die Ausweisung des Erbprinzen zu Wied. Von der Hofhaltung der Königin Charlotte wird mitgeteilt, daß der Grund, der dem Erbprinzen zu Wied von der französischen Besatzungsbehörde für seine Ausweisung mitgeteilt wurde, den Tatsachen nicht entspricht, vielmehr auf böswilliger Erfindung beruht. Der Erbprinz hat an der Gegenumgebung gegen die Senderbändler nicht teilgenommen und befand sich, als diese erfolgte, in seiner Wohnung.

Urach, 17. Okt. Sturz. Beim Abräumen des Gefallenenehrenmals auf der Hohen Warte bei St. Johann stürzte Zimmermann und Steinbauer Böhler aus Würtlingen aus 12 Meter Höhe ab und brach ein Bein. An einer noch zugezogenen Lungenentzündung starb er einige Zeit später im Krankenhaus.

Kottweil, 17. Okt. Der erste Frost. Die Nacht zum Dienstag brachte starken Reif und Eis. Das Thermometer sank bedeutend unter Null. Was an den empfindlicheren Gartengewächsen noch nicht eingeheimt war, ist erfrorren.

Ravensburg, 17. Okt. Diebstahl. In der Nacht auf 8. Oktober wurden im Hause des Karl Renz in Ahenweiler bei Somburg ein Herrenfahrrad, ein Paar Herrenschuhe, Kinderhüte, ein Schirm, sowie Butter und Eier gestohlen. Als Täter wird der kurz zuvor eingetretene Dienstknecht vermutet.

Ravensburg, 17. Okt. Goldmarkpreis für Kartoffeln. Das Stadtschultheißenamt wird zum Zweck einer raschen und ausreichenden Kartoffelversorgung der Stadt für den Zentner ausgelassener trockener Kartoffeln an den Anlieferer 25 Goldmark nach dem Berliner Briefkurs vom Vortag auszahlen lassen. Dazu wird ein Zuschuß an den Erzeuger gewährt, der sich nach der Entfernung richtet.

Mannheim, 17. Okt. Der Zimmermann Johann Muth aus Ostersheim war wegen schwerer Körperverletzung in einem Wirtschaftsstreit zu nur 2 Monaten Gefängnis und 300 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Muth ließ sich das Urteil nicht gefallen; die Sache mußte vors Landgericht. Obgleich der Strafkammer-Vorsitzende dringend riet, die Berufung zurückzuziehen und die Bagatelle von Geldstrafe zu zahlen, blieb der Angeklagte unerbittlich. Erst als der Staatsanwalt beantragte, wegen der Geldbewertung die Geldstrafe auf 700 Millionen zu erhöhen, wollte er schnell seine Berufung zurückziehen. Aber es war zu spät. Das Gericht erhöhte die Geldstrafe auf 700 Millionen.

Kotales.

Wildbad, den 18. Okt. 1923.

Der Württ. Hotelbesitzerverein hat die Veroleisfälligungsanzahl des Friedenspreises für ein Zimmer auf 600 Millionen erhöht.

Gebälter für die Handelsangestellten. Die Verhandlungen

mit den Vertretern der Handelsangestellten haben sich zerlagert. Da der Handel sich bei der derzeitigen Inflationen Lage nicht instande sieht, die von den Angestellten geforderte enorme Erhöhung der Gehälter zu gewähren. Dagegen hat sich der Unternehmerverband bereit erklärt, unter Zugrundelegung des vertraglich für diese Woche noch laufenden Abkommens, das, an der Teuerung gemessen, eine Erhöhung auf das Sechsfache bedingen würde, das Siebenfache des letzten Wochengehaltes auszusahlen. Darnach wird sich ein 26jähriger B-Kaufmann auf 24,3 Milliarden in der Woche stellen.

Obstbrennverbot. Amlich wird erneut darauf aufmerksam gemacht, daß das Brennen von Obst und Beeren verboten ist. Ausnahmeerlaubnis bei genußtauglichem Obst erteilt der Ortsvorsteher bezw. die Bezirksbehörde.

Wertbeständiges Bier. Der Schutzverband der Brauereien hielt in Berlin eine Mitgliederversammlung ab, an die sich eine Tagung der Bierpreiskommission des Schutzverbandes schloß. Gegenstand der Erörterung war die Einführung einer wertbeständigen Bierpreiserhöhung.

Heringsaufsatz. Eine angenehme Abwechslung in den Küchenzettel bringt diese Speise. In die gefettete Auflaufform legt man je eine Lage gedochte, geschnittene Kartoffeln und eine solche von gewässertem, fein geschnittenem Hering, der zuvor entgrätet wurde. Etwas Salz und je nach Geschmack Petersilie oder Majoran dazwischen. Ueber das Ganze wird eine helle Buttermilch gegossen und mit derselben der Auflauf gebacken, bei als Gericht für sich zu Tisch gebracht wird.

Ein französischer Flegel auf der Eisenbahn

Wir lesen im „Allgemein Handelsblatt“: Ein Holländer war Zeuge folgenden Vorfalles: In Bonn bestieg ein französischer Offizier ein Eisenbahnabteil, in dem außer einem in Deutschland wohnenden Holländer noch ein Herr Isq und eine Zeitung las. Der französische Offizier, wahrscheinlich rezient, daß er von dem in der Ecke sitzenden zeitungslesenden Herrn nicht begrüßt wurde, schlug diesem die Zeitung aus der Hand. Der so behandelte Reisende ließ die Zeitung liegen und nahm aus seinem Leberzieher eine andere Zeitung, welche er in aller Gemütsruhe weiter las. Nach einiger Zeit schlug der französische Offizier zum zweiten Male dem Herrn die Zeitung aus der Hand. Dieser hob jedoch die Zeitung ruhig auf und setzte, als wenn nichts geschehen war, die Lektüre fort, anscheinend äußerlich vollkommen unberührt durch die Flegelereien dieses französischen Offiziers. Als der Zug in den Bahnhof Köln einlief, stand der vermeintliche Deutsche auf und fragte den französischen Offizier auf englisch höflich: „Darf ich um Ihren Paß bitten?“ Ueberhört dadurch, daß der Franzmann sich in allerlei Entschuldigungen erging, verlangte der Reisende, der sich als einer der höchsten englischen in Köln stationierten Beamten legitimierte, die Aushändigung des Paßbildes des Franzosen und ließ den Flegel auf dem Bahnhofe in Köln verhaftet abführen.

Allerlei

ep. Ein religionspädagogisches Institut. Mit dem Beginn des Wintersemesters tritt in Berlin ein religionspädagogisches Institut ins Dasein, das unter der Leitung hervorragender Männer der Wissenschaft, der Schule und Kirche die wissenschaftliche Arbeit an den Fragen der religiösen Erziehung im ewigen Geist fördern will. In enger Fühlung mit der Universität bietet es Lehrern und Lehrerinnen aller Schulstufen, Pfarrern und Kandidaten Vorlesungen, Übungen, Gelegenheiten zu wissenschaftlicher Forschung und Erteilung von Unterricht.

Schnee. Im Riesengebirge ist starker Schneefall eingetreten. Der Kamm des Gebirges ist vollständig mit Schnee bedeckt.

Cuno und Coolidge. Aus Amerika wird berichtet, Präsident Coolidge habe in seiner Unterredung mit dem früheren Reichskanzler Cuno diesem die Schiffe der amerikanischen Staatshandelsflotte, mit der die Amerikaner so böss herein-gefallen sind, zum Kauf angeboten. Die Nachricht ist noch unbestätigt.

Lloyd George Ehrenmitglied der Sioux-Indianer. Die Vortragsreise Lloyd Georges nach Kanada war von auf-fallend kurzer Dauer. Kaum hatte er den kanadischen Boden betreten, so wurde er „von einem leichten Halsübel befallen“, wie Reuter meldete. Bei den französischen Kanadiern scheint die Aufnahme also mindestens recht kühl gewesen zu sein. Glücklicherweise stellte sich das Sprechvermögen wieder ein, als Lloyd George den kanadischen Staub von den Schultern geschüttelt hatte und auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten angelangt war. Seitdem hat er eine Reihe von Reden gehalten. Am 16. Oktober kam er nach der Stadt Minneapolis. Allda wurde ihm zu Ehren ein Essen gegeben. Lloyd George hielt eine Tischrede und forderte wie in seinen übrigen Reden — die Vereinigten Staaten auf, Europa bei der Wiederherstellung des Friedens zu helfen, sonst würde er an der Zukunft verzweifeln. Während des Essens überreichten ihm einige Sioux-Häuptlinge feierlich eine Urkunde, daß der Stamm der Sioux-Indianer das berühmte Mitgliedschaftsmitglied Ehrenmitglied ernannt habe.

Das Stromleitungsnetz des Bayernwerks, das in einer Länge von nahezu 900 Kilometer das rechtsrheinische Bayern vom Walchenseewer über München bis Hof und Achstetten durchzieht und unter gleichmäßiger Versorgung des Landes mit Elektrizität die wichtigen Stromerzeugungs- und Verteilungsanlagen verbindet, ist am Samstag in seiner ganzen Ausdehnung fertiggestellt worden. Damit ist der erste wichtige Abschnitt zum Ausbau des Bayernwerks fertig geworden.

Für die deutsche Schule in Guatemala. Das im Jahre 1901 gegründete Collegio Aleman in Guatemala erhielt von dem Herrn Schlubach in Guatemala, Leihhaber des ange-sehene Hamburger Exporthauses Schlubach, Thieme u. Co., eine Stiftung von 5000 Dollars für den weiteren Ausbau der Schule. Das unter der Leitung von Dr. Rudolf Westermann stehende Collegio Aleman wurde während des großen Erdbebens in Guatemala vollständig zerstört, konnte aber bald wieder aufgebaut werden und ist heute eine wichtige Pflanzstätte des Deutschtums in Guatemala.

Recht so! Die aus Gallizien zugewanderte Frau Jina Eliasberg hat der Tochter eines Oberkriegsgerichtsrats in München, die sie nur vom Sehen kannte, auf der Straße zugerufen: „Woh!“ Sie schrieb außerdem an die Dame einen beleidigenden Brief mit der Bemerkung, alle Deutscher mit wenigen Ausnahmen seien Vögel. Das Amtsgericht München verurteilte das Französinchen zu 6 Wochen Gefängnis, auf Berufung des Anwalts erhöhte die Strafkammer das Urteil auf 3 Monate Gefängnis.

Großfeuer. In Rottenburg, Bez. Kassel, sind die großen Mühlenwerke Hof Söhne mit mehreren Nachbargebäuden durch Feuer zerstört worden.

Schloß Manze ausgeraubt. Das Schloß Manze bei Manze in Schleßen ist in der Nacht von einer Räuberbande ausgeraubt worden. Aus dem Familienbesitz, der viele Jahrhunderte alt ist, wurden Gold-, Silber- und antike Kupfergegenstände in großer Menge geraubt. Der Kunstwert ist zahlenmäßig gar nicht anzugeben, der Edelmetallwert beträgt mehrere Billionen. Unter den entwendeten Gegenständen befinden sich Geschenke von Friedrich dem Großen, mehreren Königen von Schweden und anderen Monarchen sowie historische Bilder aus der Zeit Friedrichs des Großen.

Eisenbahnunfall. Auf der Strecke Friedeck—Währisch-Odrau stießen zwei Personenzüge zusammen. Mehrere Wagen wurden zertrümmert. Bis jetzt sind 6 Tote geborgen; 10 Personen sind schwer, viele leicht verletzt.

Ueberschwemmung. In Oklahoma (Ver. Staaten) ist nach viertägigem Regen das Staubecken der Wasserversorgung geborsten. 18 Häuserblöcke im Geschäftsviertel stehen unter Wasser; Tausende sind obdachlos. Das Gesindel begann sofort zu plündern. Die Polizei hat den Befehl, jeden Plünderer zu erschließen.

Die Wirkung des Mondlichts. Die Gephlogenheit, einen mit einem „Sparten“ behafteten Sonderling als „Mondlichtigen“ anzusprechen, leitet sich aus dem Volksglauben her, daß das Mondlicht auf den körperlichen und geistigen Gesundheitszustand derjenigen, die sich ihm aussetzen, einen unmittelbaren Einfluß ausübt. Daraus erklärt es sich auch, daß man ähnlich wie an den Sonnenlicht eine Zeitlang auch an den „Mondlicht“ glaubte. Noch heute sind viele Menschen der Ansicht, daß einer, der sich beim Schlafen dem Mondlicht aussetze, seine Gesundheit gefährdet, und in den Tropenländern insbesondere besteht der Glaube, daß das Schlafen im Mondlicht Schstörungen zur Folge hat. Das Volk ist auch fest überzeugt davon, daß das Mondlicht den Verwesungsprozess des Fischfleisches befördert, und daß an dieser Annahme etwas Wahres ist, hat ein Gelehrter wissenschaftlich bestätigt. Er führt zum Beweis an, daß das Mondlicht als Reflektierlicht polarisiert wird und in dieser Eigenschaft ganz besondere chemische Kräfte besitzt. Wie er auf Grund zahlreicher Versuche bestätigt, geht Fischfleisch, das dem Mondlicht ausgesetzt ist, schneller als sonst in Faulnis über, zumal wenn die Mondstrahlen durch eine Glasscheibe in einem bestimmten Winkel einfallen.

Letzte Nachrichten.

Um das Arbeitszeit-Gesetz.

Berlin, 17. Okt. Der Reichstag soll am Dienstag oder Mittwoch nächster Woche vor seiner Vertagung auf längere Zeit nochmals zusammentreten, um die schwierige Aufgabe des Reichsarbeitszeitgesetzes zu erledigen. Der Regierungsentwurf bildet den Gegenstand von Besprechungen der Vertreter der Gewerkschaften mit der Regierung und gleichzeitig verhandeln auch die Parteiführer der Regierungskoalition über eine Einigung in den von den Sozialdemokraten angegriffenen Punkten der Regierungsvorlage.

Der Goldumrechnungssatz für die Reichsteuern.

Berlin, 17. Okt. Der Goldumrechnungssatz für die Reichsteuern beträgt für die Zeit vom 20.—23. Okt. einschließlich 936 Millionen Papiermark für je 1 Goldmark.

Verhängung des Belagerungszustandes über Mannheim

Mannheim, 17. Okt. Die Unruhen in Mannheim haben am Mittwoch nicht nur angebauert, es ist vielmehr eine Verschärfung der Lage festzustellen. Die Schießerei dauerte bis gegen Mittag fort. Beim Vorgehen der Bereitschaftspolizei gegen eine Anzahl Demonstranten wurde der Polizeihauptmann Boiteroth verwundet. Als die Demonstranten über die Brücke nach der Neckarvorstadt zurückzukehren wollten, wurde ihnen der Weg von den Franzosen versperrt; dabei wurden 50 Personen festgenommen. Der heutige Tag forderte vier bis fünf Todesopfer und zirkeln vierzehn Verwundete. Einem 24stündigen Generalstreik wurde unter dem Druck der Straße nur teilweise gefolgt. Die Straßenbahn stellte um 10 Uhr ihren Betrieb ein, ebenso die Geschäfte, die noch nicht geschlossen hatten, sowie zahlreiche Wirtschaften. Die Zeitungen sind erschienen. Der badische Minister des Innern hat für das Gebiet der Stadt Mannheim einschließend der Vororte den Ausnahmezustand verhängt. Die Polizei hat in der Neckarvorstadt Haus-suchungen nach gestohlenen Waren angestellt.

Im thüringischen Landtag.

Weimar, 17. Okt. In der Sitzung des thüringischen Landtags gab der Abg. Knauer folgende Ministerliste bekannt: Inneres: Staatsminister Herrmann (wie bisher), Finanzen: Hartmann (wie bisher), Justiz: Oberlandesgerichtsrat Kosch von Jena, Volksbildung: Greil (wie bisher), Wirtschaft: Tenner (Kommunist). Im Rahmen der vier bürgerlichen Parteien erhob Abg. Dr. Neumann (D.Lp.) Einspruch gegen die Ministerliste.

Im Dresdener Landtag.

Dresden, 17. Okt. Im sächsischen Landtag fand die Aussprache über die Regierungserklärung statt. Die Abgeordneten der drei bürgerlichen Parteien sprachen der Regierung ihr Mißtrauen aus, während die Redner der Sozialdemokratie und der Kommunisten der Regierung vollstes Vertrauen bezeugten. Ministerpräsident Dr. Zeigner wandte sich gegen die Ausführungen der drei bürgerlichen Redner. Als er die „Säuberung des Beamtenums“ verlangte, entstand ein ungeheurer Lärm. Dr. Zeigner ging dann auf den Ausnahmezustand ein, den er scharf geißelte. Er sagte, der Staat müsse sich auch gegenüber den Militärs durchsetzen.

Neue Forderungenbeschlagnahme.

Niedlinghausen, 17. Okt. Auf der Feste König Ludwig I und II erschienen Ingenieure der französischen Besatzung in Begleitung von Soldaten und erklärten die Feste mit den Schachanlagen I bis IV zwecks Uebernahme in die französische Verwaltung für beschlagnahmt. Von den Direktoren, Beamten und Arbeitern wurde eine Erklärung verlangt und abgegeben, nach der sie keine Sabotage treiben und mit der Regie im allgemeinen Interesse in friedlichem Einvernehmen arbeiten würden. Die Regelung von Entschädigungsansprüchen sei Sache der beiden Staaten Deutschland und Frankreich. Die Abluna der Abhne und sonstigen

Mitgaben erfolgt vom 11. Okt. ab durch die französische Regie.

Verräterstich.

Essen, 17. Okt. General Degoutte hat eine neue Verordnung über den Schutz derjenigen Personen erlassen, die sich den Befehlsmächten zur Verfügung gestellt hatten. Es wird u. a. bestimmt, daß diejenigen Personen, die bei Unruhen Schaden erlitten haben, schriftliche Anträge bei den Befehlsmächten stellen und Entschädigungen erhalten können, die von den Gemeinde- oder Kreisverwaltungen zu zahlen sind.

Es wird weiter gerandt.

Düsseldorf, 17. Okt. Die französischen Befehlsmächte haben am 12. d. M. aus der Tageskasse der Reichsbank in Düsseldorf 42 Billionen M. fortgenommen.

Die Ruhrherren.

Essen, 17. Okt. Die Befehlsmächte richten sich für einen Daueraufenthalt in Essen ein. Nachdem bereits eine größere Anzahl von öffentlichen Gebäuden, Schulen und private Wohnungen mit rund 4000 Zimmern beschlagnahmt worden sind, ist nunmehr laut „B.Z.“ durch das Befehlsmächteamt Essen der Antrag auf Bereitstellung von 310 Wohnungen mit insgesamt 1045 Zimmern gestellt worden. Außerdem sind Stallungen für 350 Pferde angefordert worden. Da nicht genug Stallungen vorhanden sind, muß die Stadtverwaltung Neubauten auführen.

Aus der Geschichte der Kartoffel.

Die Kartoffel, das „Brot der Armen“ genannt, wird für uns fast noch wichtiger als das eigentliche Brot. Die Einbürgerung der Kartoffel bietet ein lehrreiches Beispiel dafür, wie lange der Mensch aus Vorurteilen heraus sich gegen sein eigenes Bestes sträubt und wie er dazu gezwungen werden muß. Der erste, der diese „indianische Knolle“ nach Deutschland brachte, war der berühmte Botaniker Klusius; er hielt die Pflanze, die er 1588 aufzog, für die von dem antiken Schriftsteller Theophrast erwähnte Arachidna und gab 1591 von ihr die erste Beschreibung. „Die erste Kenntnis dieser Pflanze“, schreibt er, „verdankte ich Philipp v. Sieber, dem Präfecten von Bergen in Belgien, der mir zu Anfang des Jahres 1588 zwei Knollen dieser Frucht nach Wien schickte. Er selbst hatte sie, wie er mir mitteilte, von einem Freund des päpstlichen Gesandten in den Niederlanden im Jahre vorher unter dem Namen Taratuffi erhalten. Woher diese Frucht zuerst zu den Italienern gekommen ist, wissen wir nicht; gewiß ist aber, daß sie dieselbe entweder aus Spanien oder unmittelbar aus ihrem Heimatlande Amerika bekommen haben. Zu verwundern ist es aber, daß, während der Gebrauch dieser Frucht in einigen Gegenden Italiens so häufig sein soll, daß man die Knollen mit Hammelfleisch gekocht wie Rüben oder Pastinaken gibt, ja sogar den Schweinen zum Futter gibt, die Kenntnis dieser Pflanze zu uns so spät gekommen ist. Jetzt aber ist sie in den meisten Gärten Deutschlands ziemlich allgemein, zumal sie so fruchtbar ist.“ Diese Angabe des Klusius über die allgemeinere Verbreitung der Kartoffel bezieht sich aber nur auf ihre Vorhandensein unter den Seltenheiten der botanischen Gärten. In weitere Volkskreise war die Kartoffel damals noch lange nicht gedrungen. Erst die schwere Not der Kriege, die von Hungersnöden und Elend aller Art begleitet war, bürgerte die Kartoffel in Deutschland ein. Die ersten größeren Anpflanzungen erfolgten im Zusammenhang mit dem 30jährigen Kriege. Spanische, niederländische und italienische Offiziere bringen sie um 1640 nach Süddeutschland, nach Westfalen und Niedersachsen. 1647 wird sie in Braunschweig, 1648 im Kirchenbuch der hessischen Gemeinde Wieberrau zum erstenmal erwähnt. In einzelnen Gegenden ist die Einführung an bestimmte Persönlichkeiten geknüpft. So soll ein Bauer aus dem Dorfe Selb in Vogtland, Hans Rogler, ums Jahr 1650 die Kartoffel nach seiner Heimat gebracht haben, nachdem er sie in England kennen gelernt.

Einige einflußvolle Großgrundbesitzer, Offiziere, die durch den Krieg den Wert der Pflanze erkannt hatten, gingen in den rauhesten und unfruchtbarsten Teilen des Erzgebirges mit dem Anbau daran. In den fruchtbarsten Teilen Sachsens aber wurde die Kartoffel noch ums Jahr 1730 als „vogeländische Knolle“ verachtet, und die Landgeistlichen, die sich um ihre Einführung bemühten, wurden als Knollenprediger verspottet. 1757 wird in den „Dresdener Anzeigen“ die Frucht als „großer Segen Gottes“ angepriesen. Württemberg erhielt die ersten Kartoffeln zu Anfang des 18. Jahrhunderts durch den

Waldenser Seignoret, der sich überhaupt um die Verbreitung der Pflanze bei den Walbsergemeinden in Deutschland sehr verdient machte. Er hatte den großen Wert der Kartoffel für die Volksernährung auf einer Reise nach Irland kennen gelernt, und die „Waldenserknollen“ wurden nun überall in Württemberg, Baden und der Rheingegend verbreitet. Zunächst begegnete man der Pflanze mit größtem Mißtrauen, hielt sie für schädlich und benutzte sie nur als Viehfutter. Noch 1777 verbieten die Heilbronner Stadträte, den Kindern Erdbeeren zu geben, weil sie davon die Blattern bekämen. Erst die großen Teuerungsjahre 1771 und 1772 machten den Kartoffelanbau in Württemberg allgemeiner. Nach Baden kam die Kartoffel zuerst 1740 durch einen armen Holzhauer Anton Mündschwender, der sich in dem württembergischen Dorf Vörsenau verdingt hatte und Kartoffeln als Lohn erhielt. Er pflanzte sie im badischen Murgtale und wurde der Verbreiter des Kartoffelbaues, der ihm großen Reichtum und hohen Ansehen brachte. In der Mark Brandenburg geschah der erste Anbau der Kartoffel um 1720 durch eingewanderte Pfälzer und wurde dann mit Gewalt durch Friedrich Wilhelm I. verbreitet, der z. B. die Kranken in der Charite zu dieser Nahrung zwang. Die allgemeine Einbürgerung in Böhmen und Schlesien geschah durch Friedrich den Großen, der dadurch die Bevölkerung während der Hungerjahre des Siebenjährigen Krieges tatsächlich vom Hungertode errettete. Doch mußte Friedrich noch 1763 den schlesischen Landwirtschaftskammer befehlen, „durch Dragoner darauf zu vigilieren, daß die Bauern Kartoffeln pflanzen“. Ebenso zwang er in Pommern und Westpreußen die Bauern zum Anbau der nützlichen Frucht, die dann im letzten Viertel des 16. Jahrhunderts so ziemlich in ganz Deutschland eingeführt war.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 17. Okt.: 5 513 750 000 (4 110 250 000). Der Wert von 1 Milliarde Mark in Werten am 15. Okt.: in Holland 114, Belgien 413, Norwegen 191, Dänemark 100, Schweden 113, Italien 472, London 120, Newyork 112, Paris 351, Schweiz 120, Spanien 150.

Goldmarkkurs der Reichsbank am 16. Okt.: 17 249 075 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück.

Freihafen in Wien. Die Stadt Wien soll einen großen Donau-Freihafen für die Verfrachtung der österreichischen Erzeugnisse erhalten, der zugleich Umschlagplatz für den Durchgangsverkehr werden wird. Im Ueberseewerungsgebiet auf dem linken (nördlichen) Donauufer ist ein nach dem Plan 10 Kilometer langer Kanal vorzugehen, der zur Errichtung von größeren und kleineren Hafengebäuden, von Fabrikanlagen für die Veredelungsindustrie dienen würde. Der Rhein-Main-Donau-Kanal wird der Bedeutung des Wiener Hafens sehr zufließen kommen.

Der Zementhöchstpreis. Infolge der Ermäßigung der Goldmarkpreise für Kohlen hat der Reichswirtschaftsminister den Zementhöchstpreis von 585 Goldmark für je 10 000 Kg. mit Wirkung ab 17. Oktober auf 450 Goldmark herabgesetzt.

Karlsruher Produktenbörse vom 17. Okt. Wegen der unsicheren wirtschaftlichen, politischen und Währungsverhältnisse hatte die Börse heute einen schwächeren Besuch aufzuweisen. Käufer wie Verkäufer befehligten sich großer Zurückhaltung. Geschäfte kamen kaum zustande. Man hörte folgende Preise (in Milliarden): Weizen 20 bis 21, Roggen 17 bis 18, Gerste 15 bis 16, Hafer 14 bis 15, Weizenmehl nominal 35, zweihändig 31 bis 32, bei sofortiger Uebernahme u. Verzählung, Roggenmehl zweihändig 25, Kleie 6 bis 6,5. — Kolonialwaren: Tee, mittel 7,9 bis 8,6, gut 8,8 bis 9,6, fein 9,8 bis 12,4 das Kilo verzollt; heutiger Zollfuß 2 Milliarden 378 Millionen für je Kilo. Kaffee roh Santos 2,6, roh gewaschen 4,4, gebrannt 3,7 bis 5,7 das Kilo verzollt; Zollfuß 1 Milliarde 404 Millionen Papierm.: Schweinefett 1,85, Salatöl 1,25, Burmarest 0,44, weiße Perlbohnen 0,65, gepaltene Erbsen 0,55, russische Linsen 1,10, alles je Kilo.

Berliner Getreidepreise am 17. Okt. in Milliarden Mark: Weizen 9,3 bis 9,6, Roggen 8,4 bis 8,9, Gerste 7,5 bis 8, Hafer 6,3 bis 6,5, Weizenmehl 24 bis 25, Roggenmehl 23 bis 26,5, Kleie 2,8 bis 3, Raps 15 bis 16.

Weizenmehlpreis Spezial Nr. 0 in Mannheim 35 bis 38 Milliarden für 100 Kg. Das Geschäft hat sich etwas belebt.

Devisenkurse

Berlin	16. Oktober		17. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	1596000000,0	1704000000,0	2154000000,0	2165400000,0
Belgien	213490000,0	214503500,0	291270000,0	292730000,0
Norwegen	62 000 000,0	631575000,0	849870000,0	854130000,0
Dänemark	71 000 000,0	721800000,0	967575000,0	972425000,0
Schweden	1073310000,0	1078690000,0	1450365000,0	1457 35000,0
Italien	1845375000,0	185462000,0	251370000,0	252630000,0
London	18453750000,0	185462500 00	24937500000,0	25082500000,0
Newyork	4089750000,0	4110250000,0	5486250000,0	5513750000,0
Paris	25 33500 00,0	26065 000,0	333165000,0	334835000,0
Schweiz	730170000,0	733330000,0	986327500,0	991477500,0
Spanien	553612500,0	556387500,0	748125000,0	751875000,0
D.-Oester.	67 67,0	67 943,0	77306,0	77694,0
Prag	124687500,0	125312500,0	163550000,0	164410000,0
Ungarn	219450,0	22 650,0	299250,0	300750,0
Argentin.	1296750000,0	1303250000,0	1756000000,0	1764400000,0
Tokio	1995000000,0	200 000000 0	2718187500 0	2731812500,0

Reichsgoldanleihe: 5,6 Milliarden.

Märkte

Niedlingen, 17. Okt. Callusmarkt. Zufuhr 200 Pferde, 56 Ochsen, 89 Kälber, 150 Kalbela, 188 Jungrinder und einjährige Rinder, 2 Mutter Schweine, 832 Milchschweine. Preise: Pferde 250 bis 500, Ochsen 300 bis 500, Kälber 300 bis 400, Kalbela 420 bis 600, Jungrinder und einjährige Rinder 70 bis 180, Mutter Schweine 48, Milchschweine 4 bis 10 Milliarden Mark. Der Handel war flau.

Schweinemarkt Munderkingen, 17. Okt. Für Mutter Schweine wurden 12, Käufer 4,2 bis 8, Ferkel 1 bis 1,25 Milliarden Mark pro Stück bezahlt.

Unsere Postabonnenten

werden in Anbetracht der überaus hohen Herstellungskosten unserer Zeitung gebeten, für den Monat Oktober eine Nachzahlung von 200 Millionen Mark zu leisten. Zu diesem Zweck ist der heutigen Nummer eine Zahlkarte beigelegt.

DER VERLAG.

Polizeistunde.

Mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit sind die Polizeibehörden angewiesen worden, die Einhaltung der Polizeistunde streng zu überwachen. Polizeistundenüberschreitungen können im Wiederholungsfalle als Vergehen empfindlich bestraft werden.

Gesuche um Polizeistundenverlängerung werden künftig durch das Ministerium des Innern selbst entschieden, sie sind also rechtzeitig einzureichen.

Stadtschultheißenamt.

Weitere Bestellungen

auf Silbertraut

werden nur noch bis Freitag abend entgegengenommen. Romano Chierogato.



Liederkrantz Wildbad.

Am Samstag den 20. Oktober 1923 abends 8 Uhr findet im Hotel Walsch die ordentliche

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht und Entlastung des Kassiers.
3. Neuwahlen.
4. Verschiedenes.

Anträge zur Generalversammlung wollen bis Samstag mittag beim Vorstand eingereicht werden.

Zahlreiche Beteiligung dringend erwünscht.

Der Ausschuss.

Kein Trinkzwang!



Geflügel- und Kaninchen-

Züchter-Berein Wildbad e. V.

Samstag, den 20. Oktober 1923, abends 8 Uhr im neuen Schulhaus

Bersammlung

mit folgender Tagesordnung:

1. Futtermittel.
2. Ausstellung.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen, hauptsächlich der Züchter, die auszustellen gedenken, dringend notwendig.

Der Vorstand.

Mietverträge, Schuldcheine,

sind am Lager Buchdruckerei Wildbader Tagbl.

1898

Zusammenkunft am Sonntag findet unständighalber nicht statt.

Sämtliche Drucksachen

für Behörden, Handel und Industrie, Hotels und Gasthäuser, sowie für Vereine und Private liefert in jeder gewünschten Ausführung, ein- und mehrfarbig, bei schnellster Erledigung und äußerst billigster Berechnung die

Buchdruckerei „Wildbader Tagblatt“.

